



Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

Nationalrat
Kommission für Wirtschaft und Abgaben
3003 Bern

Zug, 4. April 2012 hs
6 / 5 / 003

09.503 Parlamentarische Initiative. Stempelsteuer schrittweise abschaffen und Arbeitsplätze schaffen; Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren Nationalräte

Mit Schreiben vom 7. Februar 2012 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen zur «09.503 Parlamentarische Initiative. Stempelsteuer schrittweise abschaffen und Arbeitsplätze schaffen» Stellung zu nehmen. Gerne äussern wir uns zu der Vorlage wie folgt:

Antrag:

Wir stimmen der Vorlage zu.

Begründung:

Im Zusammenhang mit der Vorlage «Too big to fail» hat das Eidgenössische Parlament die Emissionsabgabe auf Fremdkapital abgeschafft. Wir hätten bereits in diesem Zusammenhang eine generelle Abschaffung der Emissionsabgabe vorgezogen, sodass Eigenkapital gegenüber Fremdkapital steuerlich nicht diskriminiert wird.

Mit der vorliegenden parlamentarischen Initiative wird den kapitalintensiven Gesellschaften – kleinere und mittlere Gesellschaften sind dank des Freibetrags von einer Million nicht betroffen – im internationalen Kontext ein Vorteil verschafft, indem die Schaffung und Erhöhung von Eigenkapital erleichtert wird. Im EU-Raum ist dies bereits grossmehrheitlich der Fall. Aus standortpolitischen Gründen ist deshalb die Vorlage zu begrüßen. Die Kantone sind von dieser Vorlage nicht unmittelbar betroffen, da sie keinen Anteil an den Stempelsteuern erhalten. Dagegen sind die Kantone an einer gesunden Finanzlage des Bundes interessiert. Die geschätzten Steuerausfälle von 240 Millionen Franken im Durchschnitt dürfen nicht als gering eingeschätzt werden. Die Aussage, dass ein Teil dieser Mindereinnahmen durch die Wachstumseffekte, welche die Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital auslöst, wieder wettge-

macht werden, mag zwar zutreffen, ist jedoch erst in einem längeren Zeitraum denkbar. Auf jeden Fall kann nicht unmittelbar mit einer Kompensation gerechnet werden und der Bund hätte eine solche in seinem Eigenbereich zu finden. Wir sind nicht bereit, Lasten zu übernehmen oder ein weiteres allfälliges Konsolidierungsprogramm des Bundes mit direkten und indirekten Auswirkungen auf die Kantone mitzutragen. Unter diesem Vorbehalt stimmen wir der Vorlage zu.

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug

Matthias Michel
Landammann

Tobias Moser
Landschreiber

Kopie an:

- Eidg. Parlamentarier des Kantons Zug
- Finanzdirektion